



Liebe Gebetsfreunde in Europa,

Zwei Männer legen mutig Zeugnis von ihrem Glauben ab. Sehr zum Entsetzen der Machthaber. Und sie mussten mit Konsequenzen rechnen. Kommt Ihnen das bekannt vor?

Viele Gläubige, Laien und Geistliche, erleben heute ähnliche Situationen. Aber das ist kein neues Phänomen. In Apostelgeschichte 3 lesen wir, wie Petrus und Johannes einen Mann heilten und damit großes Aufsehen erregten. Sie ergriffen die Gelegenheit, das Evangelium zu verkünden, und wurden über Nacht von den religiösen Führern ins Gefängnis geworfen, weil diese von der Botschaft „sehr beunruhigt“ waren (Apg. 4,1-2).

Doch Petrus und Johannes gaben nicht auf. „Wir können nicht anders, als von dem zu reden, was wir gesehen und gehört haben.“ (V. 20). Die Obrigkeit musste sie gehen lassen, weil sie „nicht entscheiden konnte, wie sie sie bestrafen sollten“ (V. 21). Möge Gott uns leiten, damit wir Frucht bringen und Zeugen seiner Liebe sind.

Gesetzgebung, die Debatten unterbindet und Eltern vorschreibt, was sie ihren Kindern beibringen sollen

Es ist nicht immer leicht, die Wahrheit liebevoll zu sagen. Aber Christen folgen Christus nach, der genau das getan hat. Also müssen auch wir es versuchen – immer und immer wieder. Wenn jedoch Gesetze und internationale Organisationen die Debatte abwürgen, haben Christen, vielleicht sogar mehr als andere, ein Problem. Sie können nicht schweigen über das „wovon das Herz voll ist“. (Lk 6,45)

Ob in den eigenen vier Wänden, am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit – einige vom christlichen Glauben geprägte Ansichten werden offenbar als so kontrovers angesehen, dass sie verboten, zensiert und untersagt werden.

Ein kürzlich von einem unabhängigen UN-Experten veröffentlichter Bericht ermutigt alle Staaten, christliche Ansichten zu LGBT- und Gender-Themen[1] zu verbieten. In dem nicht bindenden(!) Dokument wird auch behauptet, dass Christen die Religionsfreiheit für „Hassreden“ ausnutzen würden, weshalb „Einschränkungen“ der Religionsfreiheit notwendig seien.

In ähnlicher Weise will die EU-Kommission „Hassrede“ zu einem europäischen Straftatbestand machen und damit den Weg für ungekannte Zensur eröffnen. Solche Gesetze würden Äußerungen sanktionieren, die den selbsternannten Werten der EU widersprechen und werden damit höher gestellt, als das Recht auf freie Meinungsäußerung. Solche Gesetze würden unter anderem christliche Überzeugungen über Ehe und Sexualität angreifen.

Zu den grundlegenden Menschenrechten gehören Meinungs- und Religionsfreiheit. Diese Rechte müssen geschützt und gestärkt werden. Ob in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz oder zu Hause bei der Erziehung der Kinder – über den Glauben zu sprechen und ihn zu praktizieren, darf nicht verboten werden.

Dennoch kann man beobachten, dass Institutionen, die zum Schutz der Grundrechte gegründet wurden, diese nun bekämpfen. Der Staat und seine Macht werden instrumentalisiert, um eine ideologische Agenda durchzusetzen.

Rede-, Gebets- und Bildungsverbote spielen in diesem Kampf eine wichtige Rolle. Päivi Räsänen, ehemaliger finnischer Innenministerin und aktives Mitglied des Parlaments, wird derzeit von der Staatsanwaltschaft wegen



eines Tweets angeklagt. Im Jahr 2019 kritisierte sie ihre eigene Kirche dafür, dass diese als offizieller Sponsor der Helsinki Pride-Veranstaltung auftrat. Weil sie einen Bibelvers zu diesem Thema zitierte, wurde sie verhört und angeklagt. Nachdem die erste Instanz sie von allen Vorwürfen freigesprochen hatte, legte der Generalstaatsanwalt Berufung gegen die Entscheidung ein. Im August 2023 muss sich Räsänen, die eine gläubige Christin ist, erneut vor Gericht verantworten.

Im Vereinigten Königreich verbieten Zensurzonen das Gebet dort, wo es nach Ansicht mancher am nötigsten ist: In der Nähe von Abtreibungskliniken. Die neue Regelung war im März dieses Jahres eingeführt worden. Das Ziel: Abtreibungsgegner unsichtbar zu machen und ihr Gebet zu kriminalisieren.

Deutschland verstößt derweil klar gegen völkerrechtlich garantierte Menschenrechte, namentlich das Recht der Eltern zur Bestimmung über die Bildung ihrer Kinder. Während jede Familie frei entscheiden können sollte, wie ihre Kinder lernen und erzogen werden, schränkt Deutschland diese

Wahlmöglichkeiten ein, indem es Heimunterricht verbietet und eine innovative Hybridschule nicht zulässt.

All diese Fälle sind schwere Angriffe auf die universellen Grundrechte, die jeder genießen sollte. Die Organisation, für die ich arbeite, ADF International, ist in jedem dieser Bereiche rund um den Globus aktiv und verteidigt Einzelpersonen, aber auf diese Weise auch die Rechte aller in der Gesellschaft.

Ich möchte Sie bitten, speziell Folgendes in Ihr Gebet einzuschließen:

1. Päivi Räsänen in Finnland, die für das Recht auf freie Meinungsäußerung kämpft;
2. Für alle, denen es verboten ist, in Europa zu beten, zu helfen oder auch nur zu denken;
3. Die Freiheit der Bildung und das Recht der Eltern, die beste Bildung für ihre Kinder zu wählen und
4. Dass die Meinungs- und Religionsfreiheit in Europa effektiv gelten.

[1] "und essentialistische Vorstellungen über sexuelle und geschlechtliche Identitäten sowohl im Rahmen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (FoRB) als auch der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) in Frage stellen"

Spannende Neuigkeiten

Wir bereiten das nächste Gebetstreffen von „Europeans United in Prayer“ vor, das im November in Herrnhut/ Deutschland stattfindet. Wir laden unsere regelmäßigen Teilnehmer ein, um gemeinsam Gott um die Zukunft zu bitten. Wir wissen, dass Veränderungen auf unsere Arbeit zukommen und wollen auf Gottes Wegweisung hören und dann tun, was er sagt.

Einige der Teilnehmer benötigen finanzielle Unterstützung für ihre Reisekosten. Könnt ihr uns bitte mit einer Spende helfen? Klickt auf die Schaltfläche „Spenden“ unten, die zu den Spendenoptionen führt. Oder per Überweisung an die untenstehende Bankverbindung.

Danke!

Weitere Gebetsanliegen:

1. Betet mit, nachdem das Gesetz „zur Wiederherstellung der Natur“ (Green Deal) im Europäischen Parlament verabschiedet wurde, dass jeder lernt, auf die Ökosysteme Europas zu achten.
2. Betet für die friedenserhaltende Rolle der NATO und dankt dafür, dass die Türkei den Beitritt Schwedens nicht mehr blockiert und damit die Stabilität in Nordeuropa verbessert wird.

SPENDEN: Hebron Europe e.V.,
IBAN DE53 6129 0120 0488 0210 06
BIC GENODES1NUE
Bitte Namen und Adresse angeben. Danke!

Spenden